



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
110 (1900)**

42 (25.1.1900) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-81441](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-81441)

# General-Anzeiger



Redaktion: Adressen:  
"Journal Mannheim"  
an der Poststelle eintragen unter  
Nr. 2958.  
Abonnement:  
60 Pfg. monatlich.  
Erlaubt man 20 Pfg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Postauf-  
schlag M. 2.30 pro Quartal.  
Inzerate:  
Die Colonne 20 Pfg. 20 Pfg.  
Die Zeilen 10 Pfg. 10 Pfg.  
Einzel-Nummern 5 Pfg.  
Doppel-Nummern 8 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Mannheimer Journal.

(110. Jahrgang.)

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2

Verantwortlich für Politik:  
Dr. Paul Horn.  
für Theater, Kunst u. Belletristik:  
Dr. Friedrich Walter.  
für den lokalen und prov. Teil:  
Gustav Müller.  
für den Anzeigenteil:  
Paul Uffel.  
Kontaktperson und Verlag des  
Dr. G. Haas'schen Buch-  
druckerei, (alte Mannheimer  
Topographische Anstalt.)  
(Das „Mannheimer Journal“  
ist Eigentum des katholischen  
Bürgervereins.)  
Erschienen in Mannheim.

Nr. 42 (Abendblatt.)

Donnerstag, 25. Januar 1900.

(Telephon Nr. 218.)

### Der Schutz der Bauarbeiter.

Als vor wenigen Tagen die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften der Deffentlichkeit übergeben wurden und sich dabei herausstellte, daß vom Jahre 1897 bis zum Jahre 1898 die Unfälle, für die zum ersten Male Entschädigungen festgesetzt wurden, wiederum und zwar von 1155 auf 1249 zugenommen hatten, war die Sozialdemokratie mit den üblichen Beschwerden bei der Hand, einerseits gegen die „Ausbeuter und Unternehmer“, auf der anderen Seite gegen den Staat, die sich den Verpflichtungen eines ausreichenden Schutzes der Bauarbeiter entziehen. Eine beschämende Abweisung dieser Angriffe ist das soeben veröffentlichte Rundschreiben, das der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky, bereits im Juni 1898 an die Verbündeten Regierungen zur Herbeiführung eines wirksameren Bauarbeiterschutzes gerichtet hat. In diesem Schreiben wird zunächst konstatiert, daß die von den Berufsgenossenschaften mit anerkenntnisdürftigem Eifer erlassenen und stetig vervollständigten Unfallverhütungsvorschriften in Verbindung mit den zahlreichen polizeilichen Vorschriften vollständig ausgereicht haben, und daß es zur besseren Wahrung des Arbeiterschutzes nur darauf ankomme, für eine zureichende Durchführung der bestehenden Schutzvorschriften zu sorgen. Weiter ist von Reich wegen an die Bundesregierungen die Anregung ergangen, namentlich in den größeren Städten und schnell anwachsenden kleineren Orten, im Interesse des gesunden Arbeiterschutzes der Bauarbeiter, eine Vermehrung des Arbeiterschutzes durch polizeiliche Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Zur Durchführung aber der Unfall-, Schutz- und gesundheitslichen Vorschriften hat der Staatssekretär weiter angeregt, die Ueberwachung der Bauten häufiger und gründlicher vorzunehmen und zur Erivägung gestellt, im Interesse einer fortlaufenden Kontrolle besondere Personen heranzuziehen und zwar neben atademisch gebildeten Technikern, auch praktisch geschulte Personen, wie Bauaufseher, Polier- und Vorarbeiter. Es verlohnt sich, so heißt es in dem Schreiben, erwogen zu werden, ob nicht durch Baupolizeiordnungen vorzuschreiben sei, daß bei den einzelnen Bauausführungen oder wenigstens bei den umfangreicheren, durch den Bauherren oder die Bauunternehmer aus den auf dem Bau beschäftigten Arbeitern, etwa den Vorarbeitern, eine Person ausgewählt und der Baupolizeibehörde namhaft gemacht werde, die auf dem Bau stets anwesend sein muß und die Verpflichtung hat, auf die Vernachlässigung der baupolizeilichen Sicherheitsvorschriften oder sonstigen Sicherheitsmaßregeln zunächst Meister und Polier, an zweiter Stelle Bauherren oder Bauunternehmer aufmerksam zu machen, und wenn auch dann keine Abhilfe erfolge, der zuständigen Behörde sofortige unmittelbare Anzeige zu erstatten.“ Der Behörde würde die Befugnis vorbehalten sein, die betreffende Person auf die Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten, sie wegen Unzuverlässigkeit oder wegen Mangels an Sachkunde zurückzuziehen und nöthigenfalls durch selbstgewählte andere Personen zu ersetzen.

Als das Ergebnis dieser Anregung wird amtlich festgestellt, daß nicht nur die Berufsgenossenschaften auf eine Verbesserung des Aufsichtsdienstes hinzuwirken sich entschlossen haben, sondern auch die einzelnen Bundesregierungen, mit Ausnahme der wenigen, in denen kein Bedürfnis wegen der dort herrschenden einfachen Verhältnisse vorliegt, im Sinne der Anregung der

Reichsregierung bereits vorgegangen sind. Weiter wird konstatiert, daß auch die Bauunternehmer sich den Schutz ihrer Arbeiter auf den Bauten in steigendem Maße angelegen sein lassen. In Anbetracht der sozial-demokratischen Angriffe darf man hinzufügen, daß dieses Rundschreiben insbesondere Zeugnis dafür ablegt, mit welcher Gewissenhaftigkeit unter der Leitung des Grafen Posadowsky das Reichsamt des Innern bemüht ist, den Anforderungen einer ersten sozialen Fürsorge in stetig besonnenem Fortgang Rechnung zu tragen.

Von Baden wird berichtet, daß die badische Regierung die von der Reichsverwaltung empfohlenen Maßnahmen gelegentlich der im Gange befindlichen Revision der Bauordnungen einer Prüfung unterziehen wolle.

### Rein Ende des Philippinenkrieges.

W.K. Manila, 15. Dez.

Als die Amerikaner den diesjährigen Winterfeldzug begannen, hatten sie endlich einmal einen festen Plan. Dieser Plan war kurz folgender: Abdrängung der aufständischen Truppen von ihren Rückzugslinien im Osten und Norden, Einschließung der philippinischen Streitkräfte bei Zarah und demnächstige Sprengung des dortigen Revolutionszentrums, womöglich unter gleichzeitiger Gefangennahme Aguinaldos und der bei ihm befindlichen Chefs der Freiheitsbewegung, endlich Entwaffnung des Feindes.

Alles schien nach Wunsch zu gehen, denn nur bei San Jacinto kam es zu einem ernstlichen Kampfe gegen circa 1200 Philippiner, welche den Amerikanern wie es scheint, größere Verluste zufügten, denn das Hospital „Relief“ wurde in aller Eile von Manila nach Norden entsandt. Bereits am 12. November erreichte General Mac Arthur Zarah. Der Ort war gänzlich verlassen, jedoch entgegen den früheren Gepflogenheiten der Indianer nicht eingezäunt. Aguinaldos selbst soll seine diesbezügliche Ordre ausgehoben haben, um die Gemüther der ihrer Wohnstätten beraubten Bevölkerung nicht gegen sich zu erhitzen.

Von Aguinaldos und seinen Truppen fand sich in Zarah keine Spur. Es konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß geschlossene Verbände der Philippiner und eine einheitliche militärische Leitung nicht mehr existierten. Dagegen sah man sich nun der keineswegs erfreulichen Thatsache gegenüber, daß die in den Händen der Indianer befindlichen 20—30 000 Kriegsgewehre, an deren Erlangung den Amerikanern so viel gelegen sein mußte, auch noch weiter im Lande verblieben. Die Truppen Aguinaldos's hatten sich theils in kleine Freischaaren aufgelöst, die jetzt auf eigene Faust einen Guerilla-Krieg in ausgedehnter Weise fortführen, theils hatten die ehemaligen Soldaten zum Pfluge gegriffen und erscheinen heute als friedliche Landleute auf ihren Feldern. Sein Gewehr aber hat Jeder von ihnen in einem sicheren Versteck aufbewahrt, um im gegebenen Momente von demselben Gebrauch zu machen.

Die Eisenbahn ist 5 Kilometer über Angeles bis nach Bamban zerstört. Die bei dieser Ortschaft befindliche größere eiserne Brücke ist mit Dynamit gesprengt. 7 Lokomotiven und viel sonstiges Bahnmateriale sind an dieser Stelle in den Fluß gestürzt. Erst von Capas ab ist die Bahn wieder einigermaßen benutzbar. In Zarah selbst fielen den Amerikanern zwei Lokomotiven und eine größere Anzahl von Güterwägen in die Hände. Hier kann also der Betrieb bald wieder aufgenommen werden.

Auf der unterbrochenen Strecke hinter Angeles müssen einstweilen 250 Büffelwagen den täglichen Proviant nach Bomban transportieren.

Von Zarah brach Mac Arthur nach kurzer Rast auf und erreichte am 20. November Dagupan. Dort waren schon zwei Tage vorher zwei Kompagnien vom Corps Wheaton eingezogen, aber infolge der friedlichen Haltung der Bevölkerung wieder abmarschirt. Die Eisenbahn zwischen Calabiao und Dagupan bedarf eines vollständigen Neubaus.

Aguinaldos, der das Unwetter über sich und seine Sache hatte hereinbrechen sehen, soll sich in letzter Stunde noch zum Diktator ausgerufen haben, nachdem es ihm nicht mehr gelungen war, an Stelle seines zurückgetretenen Ministeriums ein neues Cabinet zu bilden. Seiner Armee ertheilte er den Befehl, sich in kleine Freischaaren aufzulösen, während er selbst mit einer schwachen Escorte der ihm drohenden Einschließung bezug. Gefangennahme durch eiligen Rückzug entging. Es ist ihm denn auch thatsächlich gelungen, nach den Nordprovinzen zu entkommen, und zwar kurz bevor der mit seinen Truppen im Golf von Linganen gelandete General Wheaton sich mit General Young vereinigen konnte. Sobald Aguinaldos' Flucht feststand, wurde ohne Verzug seine Verfolgung aufgenommen. Man gelangte bald auf die richtige Fährte und stieß wiederholt auf die seinen Rückzug deckende Leibwache. Letztere sowie der Aguinaldos'sche Troß wurden schließlich auseinander gesprengt, doch gelang es nicht der Person des Tagalansführers selbst habhaft zu werden. Dagegen geriet D. Felipe Buencamino (letzter Sekretär der Auswärtigen Angelegenheiten), dem die Fürsorge für die Mutter Aguinaldos und dessen 4-jährigen Sohn Miguel anvertraut war, in Gefangenschaft. Er befindet sich jetzt in Manila in Haft. Dem Vernehmen nach soll er nach Honolulu deportirt werden. Die Aguinaldos'schen Familienangehörigen fanden Aufnahme im Hause eines hiesigen angesehenen Meßfizes. Wo sich der einsame Diktator zur Zeit aufhält, steht nicht fest, ebensowenig verlautet etwas über seine nächsten Absichten.

Nachdem sich General Young gezwungen sah, die Verfolgung des Flüchtlings einstweilen aufzugeben, setzte er an der Küste entlang seinen Weg nach Norden über San Fernando de la Union fort. Ihn begleiten — sich auf gleicher Höhe mit den Landstruppen haltend — das Panzergeschiff „Oregon“ und zwei Kanonenboote, welche demnächst die wichtige Hafenstadt Wigan nach kurzer Beschießung einnahmen und besetzten. Eine größere Anzahl dort intermirter spanischer Gefangenen konnten befreit werden.

Da es den Amerikanern weder gelungen ist, sich Aguinaldos's, noch der Waffen der Philippinos zu bemächtigen, so ist der Erfolg des Winterfeldzuges bisher nur ein halber. Hatte man doch gehofft, die Philippinos völlig zu unterwerfen. Davon aber ist keine Rede, die schon daraus hervorgeht, daß die „Rebellen“ die Amerikaner bereits wieder in der nächsten Umgebung Manilas belästigen.

### Deutsches Reich.

Heidelberg, 24. Jan. In einer an den Reichstag gerichteten Eingabe spricht sich die Handelskammer aufs Entschiedenste gegen die in dem neuen Weingesetzentwurf vorgesehene polizeiliche Kellerkontrolle aus, in welcher sie eine gefährliche Maßregel erblickt, dazu angethan, den Ruf aller derjenigen Ver-

### Feuilleton.

#### Neue Briefe Wagners an Liszt.

Neue Briefe von Richard Wagner, die an Franz Liszt gerichtet sind und Neues über sein Verhältnis zu Berlioz enthalten, werden in den „Bayreuther Blättern“ veröffentlicht. Sie stammen aus der letzten Zeit des zweiten Pariser Aufenthaltes. Der längste und wichtigste ist am 47. Geburtstag Wagners, am 22. Mai 1860, in glücklicher Stimmung geschrieben:

„Heute haben wir ohne Widerstreit den schönsten Tag für dieses Jahr. Zum ersten Mal ist der Himmel ganz rein, der erfrischende Wind weht von Osten her: Alles blüht und grünt! Als ich von meinem Morgenposiergang mit Hippys zurückkam, sagte ich mir: „Schöner kann's dieses Jahr nicht werden! Ist's überal so schön, so denkt wohl unwillkürlich mancher heute auch Deiner!“ Auf Dich wagte ich nicht recht zu hoffen, ich hatte mir vorzuwerfen, am 22. October Deiner wohl gedacht, Dir aber nicht geschrieben zu haben. Warum? Das weiß ich nicht mehr. Nun, — dachte ich, — gedenken wird er meiner doch! — Den Triften hat er auch: was liegt sonst weiter an mir verdorbenem Ketz!“

Wagner wendete sich hierauf zu Berlioz. Dieser hatte nach dem Wagner-Konzert in Paris am 25. Januar 1860 im „Journal des Debats“ seine „feierliche Vosagung“ gegen die „musique de Pavane“ ausgesprochen: „Je lève ma main et je le jure: non credo!“ Wagner hatte darauf im Februar seinen „Brief an Hector Berlioz“ geschrieben:

„Dann las ich Berlioz' neues Feuilleton von heute über Fidelio. Ich habe Berlioz seit meinem Konzert nicht wieder begegnet: Ich war es vorher, der ihn stets auffuchen oder einladen mußte. — er bekümmerte sich nie um mich. Er

hatte mich sehr traurig gemacht; Böse war ich ihm nicht. Nur frag ich dich, ob der liebe Gott nicht besser die Weiber lieber aus der Schöpfung ausgelassen hätte: sie nützen ungeheuer selten etwas, ganz in der Regel aber schaden sie uns nur, ohne am Ende selbst etwas davon zu haben. An Berlioz hab ich es einmal wieder bis zu anatomischer Genauigkeit studiren können, wie eine böse Frau einen ganz brisanten Mann ganz nach Herzenslust ruiniren und bis zur Lächerlichkeit herabdringen kann. Was mag nun so ein armer Mann dabei für Genugthuung finden? Vielleicht die traurige, das übelste Theil seines Defens so recht eclatant zur Geltung gebracht zu haben!“

Wagner theilt dem Freunde nun einen Brief mit, den er nach der Lecture des Aufsages an Berlioz, „auf die Gewißheit hin, von ihm colossal mißverstanden zu werden“, in seinem „geäußerten französischen Rauberwisch“, an ihn geschrieben hat. Der Brief lautet in der Uebersetzung:

„Theurer Meister! Ich habe soeben Ihren Artikel über „Fidelio“ gelesen. Seien Sie dafür tausendmal bedankt! Es ist für mich eine ganz besondere Freude, diesen reinen und vornehmen Ausdruck einer Seele und einer Intelligenz zu hören, die so vollkommen versteht und in die tiefsten Geheimnisse eines anderen Herzens der Kunst eindringt. Es gibt Augenblicke, wo ich fast größere Freude empfinde, wenn ich einer solchen Würdigung begegne, als über das gewürdigte Werk selbst, da dies uns ja untrüglich bezeugt, daß eine ununterbrochene Reihe intimer Vertrauenshaft die großen Geister untereinander verbindet, die — allein durch dieses Band — niemals Gefahr laufen, unverständlich zu bleiben. Wenn ich mich falsch ausdrücke, so hoffe ich von Ihnen, daß Sie mich nicht falsch verstehen werden.“ . . .

Es erfüllte mich mit einer eigenen Wärme, fügt Wagner dem

Freude gegenüber noch hinzu, diese Zeilen an den Unglücklichen abzuschicken. . . . Gerade auch Berlioz' Artikel über „Fidelio“ hatte mir deutlich gezeigt, wie allein der Unglückliche steht und daß ihn die Welt nur beleidigen und seine beleidigte Gerechtigkeit gebrauchen kann, daß sie und die ihn umgebenden Einflüsse ihn in wunderbare Irren führen und sich selbst ihn so entfremden kann, daß er unwissend gegen sich selbst schlägt. Aber gerade durch dieses tolle Phänomen hindurch erkannte ich, daß der Hochbegabte nur wieder den sehr Hochbegabten zu eigentlich erkennenden Freunde haben kann, und das bestimmte mich zu der Einsicht, daß in der Gegenwart doch nur wir drei Kerle eigentlich zu uns gehören, weil nur wir uns gleich sind, und das sind — Du — Er — und Ich! — Aber das muß man ihm am Allerwenigsten sagen: er schlägt aus, wenn er's hört. Armer Teufel, so ein geplagter Gott! . . .

— Eine furchtbare Nacht haben, wie aus den Schilderungen der Geretteten hervorgeht, die Passagiere des zwischen Finnland und Schweden verkehrenden Dampfers „Bore“ durchlebt. Das erst vor zwei Jahren erbaute und mit allem modernen Comfort eingerichtete Schiff war von Ibo abgegangen und Tag darauf mit beträchtlicher Verspätung in Mariehamn auf den Ålandinseln angelangt. Von hier fuhr es um 1 Uhr Mittag weiter. An Bord des vom Kapitän Rusloe geführten Dampfers befanden sich außer einem Mannschafsbefehl von 28 Köpfen noch 48 Passagiere, darunter auch die Gemahlin des russischen Gesandten in Stockholm, Frau von Bihow, sammt ihrer Familie, sowie verschiedene Stockholmer Geschäftsleute, Ränisses u. s. w. Gegen drei Uhr Nachmittags, als das Schiff noch etwa vier Stunden von Stockholm entfernt war, trat ein dichter Nebel ein, der den Kapitän zwang, zeitweilig vor Anker zu gehen. Noch ahnte Niemand das Schreckliche, das kommen sollte. Gegen neun

tionen, welche sich mit dem Weinhandel befassen, auf's Spiel zu setzen, der Demoralisation Thür und Thor zu öffnen und die Demoralisation zu fördern; sie hält das Gesetz vom Jahre 1892 und die bestehenden strafgesetzlichen Bestimmungen, insofern sie nur kräftig gehandhabt werden, für völlig ausreichend und befürwortet die deklarationsfreie Verbesserung geringwertiger Weine durch ausschließlichen Zusatz von wässriger Zuckerklösung.

Wien, 24. Jan. In holländischen Kreisen hält man die Frage der Befreiung des Bischofsstuhles in Metz zu Gunsten der Kandidatur Jörn von Bulachs für erledigt. Der geschickte und vor allem energische preussische Diplomat sei es gelungen, die Anstrengungen Frankreichs für einen anderen Kandidaten unwirksam zu machen. Inzwischen werde die offizielle Ernennung noch nicht sofort erfolgen.

Berlin, 24. Jan. Der Reichstag, der heute wie an den vorangegangenen Tagen recht schwach besucht war, erledigte zunächst den Etat des Reichs-Kassamtes, wobei der wilbagarische Abgeordnete Lude eine Reihe Beschwerden vorbrachte und sich u. A. darüber beklagte, daß ihm der Abgeordnete Richter eine Broschüre, die er, Herr Lude, über die Landwirtschaft geschrieben, unerschützt zurückgeschickt habe. Dann wurde über den Antrag eines Reichsberggesetzes beraten, das von der Linken beantragt war, wobei den sozialdemokratischen Beschwerden die national-liberalen Abgeordneten Franke und Hilse wirksam entgegen-traten. Da im Lauf der Debatte der sozialdemokratische Antrag so abgeändert wurde, daß er mit dem freisinnigen im Wortlaut übereinstimmte, und außerdem ein Amendement des Centrums mit aufgenommen wurde, so stimmte schließlich die große Mehrheit, wenn man nicht die Anwesenden zählt, sondern die Parteien, dafür. Morgen wird wieder einmal die „Der Heine“ beraten.

**Frankreich.**

Paris, 24. Jan. Es ist jetzt davon die Rede, für die Weltausstellung das Innere des Schlosses zu Versailles so einzurichten, wie es vor der Revolution war. Die Möbel und Kunstwerke des Schlosses wurden durch die Revolution keineswegs zerstört, sondern gingen allmählich in Privatbesitz über, wenn man sie nicht Museen einverleibte. Der Unterrichtsminister soll nun, allerdings etwas spät, für den Plan gewonnen werden, damit er die zeitweilige Ueberführung der Möbel aus den Museen an ihren früheren Platz anordnen und bei Privatbesitzern dafür einkomme, daß sie im Interesse der Kunst und der Geschichte ihr Eigentum für eine kurze Weile hergeben, und dazu beitragen, das Versailles Ludwig's XIV., XV. und XVI. noch einmal im Abgange seiner alten Herrlichkeit aufleben zu lassen. Die Urheber dieses Planes sprechen überdies von einer allfälligen Nachbildung einzelner Säle nach vorhandenen Beschreibungen, Gemälden und Gobelins; aber hierfür ist es erst recht spät.

Paris, 24. Jan. In der Deputiertenkammer fand der Prozeß gegen die Assumptio-nisten ein lärmendes Echo. Der Justizminister Monis ergriff zuerst das Wort, um zu erklären, daß Staatsanwalt Bulot falsch verstanden worden sei; er habe nicht sagen wollen, daß alle von ihm genannten Abgeordneten mit den Mönchen in Verbindung standen, sondern nur, daß sie in ihren Organen empfohlen wurden. Von Charles Bernard habe man allerdings eine Karte vom 11. Mai 1898 bei den Papiers von Bordeaux gefunden. Bernard unterbricht: Bulot lügt und Sie lügen! Die Kammer verhängt die Zensur über Bernard, da er diese Worte nicht zurücknimmt. Laffitte nennt Bulot einen Vandalen und ein Schwein (crapule) und erhält ebenfalls die Zensur. Motte, ein gemäßigter Republikaner, der von der „Croix“ empfohlen wurde, findet die Erklärungen von Monis ungenügend. Bulots Vorgehen gegen die Abgeordneten sei unverzeihlich. Cliché, ein Rationalist, verfährt, sein beim P. La Verdurie gefundener Brief mit der Anrede „mein lieber Freund“ sei nicht an diesen gerichtet gewesen, da er ihn nicht kenne. Da Charles Bernard fortfährt mit beleidigenden Zwischenrufen und den Justizminister Schwindler und Kanalle nennt, verfügt die Kammer seine Ausschließung. Bernard will nicht vom Mische weichen, und daher wird die Sitzung unterbrochen, und Bernard von der Militärmacht hinausgeführt.

**Aus Stadt und Land.**

Mannheim, 24. Januar 1900.

**Kaiserfeier des Vereins Kaiserliche Marine.**

Gestern Abend fand in den Räumen des Ballhauses zu Ehren von Kaiser's Geburtstag ein Festbankett obigen Vereins statt. Zu demselben hatten sich Vertreter des Flotten- und des Kolonialvereins, eine größere Anzahl Offiziere, Herr Geh. Reg. Rath P. Fischer, der Bezirkskommandeur Herr Oberstleutnant v. Kottitz, sowie die Mitglieder des Vereins mit ihren Angehörigen zahlreich eingefunden. Der Saal war mit Flaggen, Tropfen, Tannenzäunen und Wästen auf das Schönste geschmückt und machte einen sehr freundlichen Eindruck. — Die Kapelle eröffnete den Abend durch Vortrag eines Musikstückes,

Uhr Abends erblickte man den Leuchtturm von Rappelschere, der etwa drei Fahrstunden von Stockholm entfernt ist. Gleich darauf gab es einen heftigen Rud — der Dampfer war auf ein Riff geraten und legte sich auf die Seite. Eine furchtbare Panik bemächtigte sich der Passagiere, Alles stürzte nach den Rettungsbooten. Dem Kapitän gelang es, die Ordnung so weit aufrecht zu erhalten, daß alle Insassen des Schiffes auf den sechs vorhandenen Booten untergebracht wurden. Sie gelangten glücklich auf eine kleine Insel in der Nähe und fanden in ein Paar Fischerhütten vorläufige Unterkunft. Der Kapitän gab telegraphische Nachricht nach Stockholm und kehrte dann nach seinem Schiffe zurück, um Schiffsbücher, Post und Gepäck zu retten. Nur einen geringen Theil davon konnte er in den Booten unterbringen, denn um Punkt zwölf Uhr versank das Fahrzeug in die Tiefe. Der entstandene Verlust ist sehr beträchtlich, die Mehrzahl der Passagiere hat ihr gesamtes Gepäck verloren. Die französische Chansonette Diero, die von Petersburg nach Stockholm fuhr, um hier ein neues Engagement anzutreten, beklagt einen Schaden von 50 000 Francs an Juwelen und Toiletten. Gegen Morgen traf der von der Rettungsgesellschaft abgeforderte Dampfer „Neptun“ ein, der die Passagiere und Mannschaften des verlorenen Schiffes aufnahm.

Er würde Geld bekommen. Ueber ein Gauner-Mädchen, dem ein Deutscher beinahe zum Opfer gefallen wäre, weicht der Telegraph aus Jimuiden wie folgt zu berichten: Am Dienstag Mittag kam ein Deutscher Namens August Harder von Berlin in Amsterdam an, und zwar in der Absicht, auf dem Dampfer „Kaiser“ zu seinem Bruder in Johannesburg zu reisen. Der Schaffner des Zuges, den er nach einem „guten“ Hotel fragte,

worauf der Vorsitzende des Vereins, Herr Ingenieur Rippenhan, die Anwesenden mit kurzen Worten herzlich willkommen hieß. — Herr Hofschaffner Weger sprach einen von Herrn Werner Brandt gedichteten Prolog in äußerst schwingender Weise.

Der Trinkspruch auf unseren Kaiser brachte Herr Rippenhan aus; er war ein Bildnis auf das goldene Jubiläum, welches er als das Jahrhundert von Kunst und Wissenschaft bezeichnen; aus ihm ragten 2 Gestalten in markanter Weise hervor: Kaiser Wilhelm I., welchem Graf Roltte und Fürst Bismarck zur Seite standen. Wenn man aber von den Baumstämmen des Reiches spreche, dürfe man auch unsere Landesherren nicht vergessen. Unter herzlichen Glück- und Segenswünschen für unsern Kaiser schloß Redner seine Ansprache mit einem kräftigen Hipp, Hipp, Hurrah! auf den Kaiser, worauf unter Musikbegleitung die Abingung des Liedes „Kaiser und Admiral“ folgte, der sich sodann ein lebendes Bild aus dem Saal ansetzte.

Herr Direktor Blüme brachte den Trinkspruch auf unseren Großherzog und den Prinzen Heinrich aus. Er gedachte der Liebe, wie sie unserm Landesfürsten entgegengebracht würde, der nicht nur ein Liebhaber des bairischen, sondern des gesamten deutschen Volkes sei. Der Verein sei ihm außerdem zu ganz besonderem Danke dadurch verpflichtet, daß Großherzog Friedrich das Präsidentsamt über den Verein angenommen habe. Wenn es einen Fürsten gebe, der sein Haupt ruhig in jedes unterthanen Schooß legen könne, so sei es dieser Fürst. Redner gedankt ferner dem Prinzen Heinrich, der in Folge seines laienlichen Bruders hinausgezogen sei nach dem fernem Osten und den in den letzten Tagen die technische Hochschule in Charlottenburg zu seinem ersten Ehrenvikar ernannt habe. In das Wort Redner aus-gebrachte Hipp Hipp Hurrah auf die beiden Fürsten stimmten die Anwesenden begeistert ein und sangen unter Musikbegleitung das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“.

Einen instruktiven und sehr lehrreichen Vortrag über die Entwicklung und politische Thätigkeit der Flotte hielt sodann Herr Stricker. Einleitend erinnerte Redner an einen Ausspruch unseres Kaisers: Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser und mit Freunden könne man sonsthalten, daß diese Anregung des Kaisers auf fruchtbaren Boden gefallen und der Grundstein zu einer kraftvollen Marine gelegt worden sei. Redner wies sodann einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Marine vom Mittelalter an bis auf die neueste Zeit. Er wies aber auch auf die Unzulänglichkeit unserer Flotte hin; zwar sei die deutsche Handelsflotte die zweitgrößte der Welt, aber unsere Kriegsmarine sei gegen die anderer Staaten erschaffen zu schwach. Darum müsse man es freudig begrüßen, daß unser Kaiser befehlet sei, das Verhältniß für die Vermehrung der Flotte in das Bewußtsein des Volkes zu bringen. — Dem Redner wurde für seine interessanten Ausführungen lebhafter Beifall zu Theil.

In den Vortrag schloß sich ein lebendes Bild „Deutschland halbt die Germania“, worauf Herr Werner Brandt den Trinkspruch auf Meer und Marine ausbrachte. — Musikstücke und allgemeine gefungene Lieder, sowie auch die Vorträge eines Doppelquartetts verschönten den Abend, welcher in allen seinen Theilen einen würdigen Verlauf nahm. — Schließlich wurde noch an den Kaiser folgendes Telegramm abge-sandt:

Er. Majestät Kaiser Wilhelm II. Berlin. Die zur Feier des Geburtstages Allerhöchster Euer Majestät versammelten Mitglieder des Vereins Kaiserliche Marine und Flottenverein Mannheim nebst ihren zahlreichen Freunden gestatten sich unterthänigst Euer Majestät die aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche darzubringen. Dieselben bedauern sich gleichzeitig tiefgefühlten Dank auszusprechen für die Energie, welche Euer Majestät für die Förderung der deutschen Seelinteressen betätigen. Dieselben fühlten sich eine mit Euer Majestät in dem Gedanken an die unbedingte Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der deutschen Flotte und hoffen und wünschen, daß Euer Majestät unter einmüthiger Mitwirkung des deutschen Volkes die zum Heile des Vaterlandes gesteckten Ziele erreichen möge.

**Der Badische Landesverband des deutschen Säulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande.**

Die säulvereinsmitglieder im Auslande hat, wie alljährlich, Beiträge zu deutschen Wohlthaten in bedrohten Gemeinden bewilligt. Aus einem Bericht, der darüber aus Pimano, einem scharf bedrängten Orte der Wieser Sprachinsel (Bahn Pilsen-Uger), eingelaufen ist, hebt wir hervor, daß 106 Kinder beschenkt worden konnten. Deutsche Lieder, deutsche Gedichte wurden vorgetragen, sogar ein kleines Singpiel aufgeführt und die ganze Gemeinde, 598 Einwohner, mit Ausnahme von etwa 150 Tschechen, nahmen an der Feier theil. Die Gabe der Ortsgruppe Freiburg i. B., je ein Band Grimmscher Märchen, für den besten Schüler, Mädchen und Knabe, wurde freudig begrüßt. Pimano mit den jugendlichen Einsiedlern Reuhol, Homelhof, Böhmischmühle, Wolfhauel und Waletschamühle, liegt in der Wieser Sprachinsel. Das Nachbarort Soltau ist bereits für das Deutschtum verloren gegangen; dagegen ist eine zweite Nachbargemeinde Branowa zurückgekommen. Die Gemeindevorwaltung in Pimano ist deutsch, aber die Gutsherrschaft mit 6 Meierhöfen, mit ihren Beamten, Arbeitern und den von ihr bezogenen Gemeindevoten ist streng tschechisch. Sie hat natürlich große Gewalt über die kleinen Leute. Die Chalupner und Hünler sind völlig von ihr abhängig; Holz, Waldstreu, Gras, Stroh, Sand, das Bier, ja sogar das Wasser ist — tschechisch, müssen sie von den Tschechen nehmen, da sie sonst ohne Verdienst bleiben. Doch dadurch auch die Wahlen beeinflusst werden, kann man sich vorstellen. Dennoch ist es der Gemeinde gelungen einen deutschen Vorwand zu gewinnen. Die selbstständigen Bauern sind nahezu vollständig gut deutsch gesinnt. Im Jahre 1898 hat der Oesterreichische Schuldverein der Gemeinde die Summe von 2000 fl. zum Bau der zweisprachigen deutschen Schule bewilligt. Diese Schule ist eine feste deutsche Burg geworden. Der Lehrer, der seit 15 Jahren an der Sprachgrenze wirkt, ist ein treu deutscher Mann und verdient für sein treues Festhalten am Deutschtum, das Mancher aus Furcht verleugnet, die höchste Anerkennung.

zeigte ihm ein kleines Gasthaus an der Gelberische Kade. Am folgenden Morgen bot der Wirth seinem Gaste seine Dienste an, um ihm Passage zu verschaffen, und nahm zu diesem Zwecke 420 Mark von dem Deutschen in Empfang. Bald darauf kam der Wirth mit der Postkutsche zurück, daß der „Kaiser“ Amsterdam nicht anlaufe, sondern in London Passagiere an Bord nehme. Er bot dem Deutschen an, ihn nach London zu begleiten und beim Einschiffen beihilflich zu sein. Am Mittwoch Mittag nahm denn auch der Wirth seinen Gast mit in die Handelskade und löste dort für diesen, für sich und einen zweiten Helfershelfer drei Billets nach London, zwei natürlich auf falsche Namen. An Bord versuchten sie den Fremden mit Genuever betrunken zu machen, was aber nicht gelang. Als man ihn einzuschließen versuchte, Schlag der Deutsche Alarm, und das Schiffpersonal wurde von dem Vorfalle in Kenntniß gesetzt. Nun versuchten die beiden so entbeden Gauner auf dem Wege der Befreiung das Personal für sich zu gewinnen, was aber mißlang. Einer derselben gestand schließlich ein, den Deutschen um 100 Mark betrogen zu haben, und auf die Frage, was er denn mit dem Fremden in London vor-gelassen habe, antwortete er: Wenn ich ihn dort für das Meer bringe, bekomme ich Hundsgeld. Sie hatten also Beide die Absicht, den Deutschen gegen eine Prämie von 400 Gulden in England anzuwerben zu lassen. Der Kapitän des Schiffes telegraphirte den Behörden in Jimuiden, dampfte zurück, und der Wirth wurde sammt seinem Helfer an Bord verhaftet und vorläufig in Eisen gebracht. Die Amsterdamer Polizei veranfaltete eine Haus-suchung in dem „Hotel“ nach dem vermissten Gelde. Als man den Wirth in Jimuiden in Gewachsam brachte, protestirte er und meinte, er hätte ja nichts Ungeheures gethan.

Wie dringend nöthig gerade der Schutz der wirtschäftlichen Gemeinwesen ist, zeigen die neuesten Versuche, das tschechische Sprachgebiet bis über die bayerische, also die deutsche Reichsgrenze durch Errichtung tschechischer Touristenvereine und Ausflugsvereine und dgl. vorzuschleichen.

Quartett-Verein Mannheim. Nach dem in allen seinen Theilen glänzend verlaufenen Wohlthätigkeits-Concert am Samstag, versammelte sich die Aktivität mit ihren Angehörigen in den oberen Lokalen des Cafe Oper. Daß die Stimmung eine sehr animirte war, läßt sich denken und es fehlte nicht an den üblichen Toasten. Die Reigen eröffnete der Vorsitzende, Herr Gg. Hettlinger, indem er auf das freundschaftliche und harmonische Zusammenwirken der Mitglieder hinwies und gleichzeitig den unermüdbaren, bewährten Dirigenten, Herrn Fr. Mack, feierte. Daß auf denselben ausgebrochene Hoch wurde begeistert aufgenommen. Ferner sprach Herr M. d. der Inhabhaber der Solisten-Gesellschaft, die den Verein in lebenswürdigster Weise unterstützen, Herr Segmann toastete auf die Damen, Herr Kuch auf den Quartettverein, Herr Jint auf Herrn Gg. Hettlinger. Kurz, es waren wieder schöne Stunden im Kreise des Vereins.

Der „Volksschulreformsplan“ des Direktors Herrn Dr. Siedinger, vor Berathung, daß die Vorstände der Gewerksvereine eine combinirte Versammlung abhielten und zwar auf Wunsch des Stadtverordneten Schenk. In dieser Versammlung die im „Eichbaum“ stattfand und her auch der frühere Stadtverordnete Fröbel teilnahm, übernahm Herr Schenk das Referat. In lebhafter Debatte sprachen sich alle Redner mit Ausnahme des Herrn Streib sympathisch für den Reformsplan aus, gaben aber bezüglich der Anerkennungsjahre dem Stadtverordneten Schenk für die Bürgerauschüpfung mehrere Wünsche mit auf den Weg.

**Aus dem Großherzogthum.**

Heidelberg, 24. Jan. Die gestern durch die Klasse der Niederbesserten vorgenommenen Stadtverordnetenwahl ging unter so unglücklich großer Theilnahmslosigkeit vor sich, daß heute, da die Wahlslisten bekannt wurden, sich Jeder fragte: wie ist das möglich? Von 3484 Wählern haben nur 229 abgestimmt, also noch nicht freien Prozent. Und dabei hatte es geheißen, die Sozialdemokraten seien rührig an der Wahlarbeit und würden sie am Wahlamte betheiligen. Dies hat sich nun zwar als nicht richtig herausgestellt, aber bis zum Wahltage selbst hatte man darüber kein Bewußtsein. Wenn man nun auch in Betracht zieht, daß der Comm. promiß mit Centrum und Antiklerikalen naturgemäß auf die Wahl-betheiligung schwach eingewirkt hat, so muß man andererseits beachten, daß das Centrum sich wahrscheinlich lebhafter als die Sozialisten an der Wahl betheiligt hat, so daß also die Ziffer der Wahlstimmen der herrschenden Partei noch weiter heruntergedrückt erscheinen. Man sagt sich, eine so über alles Wahrschwache Wahlen-zustimmung muß doch einen Grund haben, da man etwas nicht summen. Eine gewisse Kritik darüber gibt uns vorzutreten in der Weis-stadt abgehaltene Versammlung. Von dem Abgeordneten, daß Stadt-verordnete und Stadtrathe die Kandidatenlisten aufstellen, sich alle quast selber ergänzen. Auch wurde eine strenge Verrechnung der einzelnen Stadtteile bei der Vertheilung der Mandate nach ihrer Bevölkerungszahl und außerdem eine frühzeitige Aufhebung der Wahl-schließung verlangt. Die national-liberale Partei wird gut thun, diese Stimmung Concessionen zu machen.

Darmstadt, 24. Jan. Der sächsisch Heuburg-Biersteineische Forst, Bräuer Ohsbach und Sprendlingen, sowie der sächsische Grundbesitz inklusive aller Gebäude in der Offenbacher Gemarkung sind um 496000 M. an den Staat übergegangen.

**Badischer Landtag.**

21. Sitzung der Zweiten Kammer.

B.N. Karlsruhe, 25. Januar.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

Präsident G. B. eröffnet 10 Uhr die Sitzung. Am Ministertisch das Gesamtministerium.

Eingegangen ist ein Beschluß des Reichsrathes Reichsausschusses über den Eisenbahnen-Haushalt. Minister v. Brauner möchte seinen letzten Ausführungen vom Dienstag noch einiges beifügen. So erstrebt die hohen Einnahmen seien, so sei ein Steigen der Ausgaben nicht zu vermeiden, doch betrahe die starke Steigerung der Ausgaben, deren Verdrängung auch in diesem Jahre anerkannt werden sei. So betragen die Mehrausgaben für die etatsmäßigen Beamten jährlich fast eine Million. Die Vermehrung der Erhaltungstage erfordern über 400,000 M. Die Erhöhung der Löhne der Straßenarbeiter über eine Million Mark. Demgegenüber möchte es bezeichnend erscheinen, daß die Petitionen aus diesen Kreisen sich mehren, ja daß Petitionen aus Kreisen kämen, deren Verhältnisse erst am Schluß des letzten Landtags geprüft worden seien und zum Theil eine Aufbesserung erfahren hätten. Auch die sachlichen Ausgaben hätten eine Erhöhung erfahren. Die Zahl der Züge würden auch im nächsten Sommer vermehrt, so daß Baden den reichst ausgefallenen Fahrplan habe. Die Transportkosten, wie die Instandhaltung des rollenden Materials erfordern gleichfalls Mehrausgaben. Für das Eisenbahnbudget seien 54 Millionen Mark eingekalkulirt, wobei der Umbau verschiedener Bahnhöfe, die Erhellung von Rangirbahnhöfen, neuen Schienen eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Der Grund der Restcredit liege nicht im Mangel an technischem Personal, wenn dasselbe auch nicht überreich sei, doch werde er bei Aufstellung des nächsten Budgets sowohl an eine Vermehrung wie Besserstellung derselben denken. Was die Restcredit betrifft, la-gen sich oft die Verhandlungen mit den Gemeinden in die Länge. Man habe keine Ursache, unsere Eisenbahnerhältnisse pessimistisch anzuschauen. Unsere Eisenbahnen befinden sich in mächtigem Auf-schwung und es sei zu erwarten, daß wir in der Lage seien, dieselben auf der bestehenden Höhe zu erhalten.

Abg. Kreiff (nat.) führt aus, daß die Landwirtschaft sich in einer Rothlage befinde und daß man vor Allem demüthig sein müsse, einen billigen Kredit zu schaffen. Nach den Ausführungen des Finanzministers sei die Gründung einer Landbankdarlehenskasse zu erwarten. Durch das Abstimmen mit der Rheinischen Hypothekendarlei sei den Landwirthen entgegengekommen worden. Die Regierung würde aus besten Willen, wenn sie in Zeiten der Roth den Sparflüssen durch Mittel aus der Amortisationskasse entgegenkommen würde, damit dieselben in der Lage seien, einen gesunden Hypothekendarlehn zu gewin-nen.

Abg. W. a. m. p. l. (nat.) tritt den Ausführungen des Vortredners bei. In Bezug auf die Hypothekendarlehenskasse er es für das Beste, wenn dieselbe verstaatlicht würde. Redner verbreitet sich über die Rothlage der Landwirtschaft, die im Hinblick auf den sonstigen wirtschäftlichen Aufschwung um so mehr zu beklagen sei. Des Weiteren wünscht Redner eine größere Gleichheit in der Steuerbehandlung der Tabaks. Die Obenwälder beklagen sich weiter über den Rückgang der Schilwälder, der auf den Mangel eines hohen Zolles auf Quebrachholz zurückzuführen sei.

Abg. Uebel (nat.): Was den politischen Theil der bisherigen Debatte betreffe, so sei dieselbe sehr ruhig verlaufen; wenn er die hohen Summen anshawe, die für verschiedene Städte eingeleistet, so vermisse er Restanz, wenn er auch nicht sagen wolle, daß man es abthätig vergessen habe. Die verschiedenen Wünsche werde er bei den Einzelreformen vorbringen, um die Debatte nicht in die Länge zu ziehen. Gesez habe es ihn, daß der Finanzminister seinem Antrag auf Aufhebung der Wilkthumsbeschränkung freundlich gesinnt sei, doch hoffe er, daß diesen Antrag recht bald entprochen werde und daß noch auf diesem Landtag eine Nachtragsforderung käme, um auch eine Erhöhung des Wohnungsgeldes zu ermöglichen.

Abg. Klein (nat.) erwidert bei der günstigen Lage der Finanzen, daß auch einmal jene Wünsche der Landwirtschaft erfüllt würden, die bisher zurückgestellt worden seien. Die Bedenken des Ministers gegen eine Landbankdarlehenskasse müsse man anerkennen.

den die Sparfassen wohl in der Lage, einen genügenden ländlichen Kredit zu beschaffen. Was die Hypothekendarlehen betrifft, so steht er auf dem Standpunkt des Entwurfs, der allerdings noch einiger Änderungen bedürftig im Interesse der Kreise, die zu hoch belastet würden durch die Beschneidung von 10% Restprämie. Er hoffe, daß hier die Amortisationsfrage selbst eingreife. Im Interesse der Förderung der Kreditfrage sei eine Erhöhung der Dotation an die Kreise sehr geboten. Redner geht noch auf die speziellen Verhältnisse des Kreises ein. Er hoffe, daß die Kreise, so fernere man auch die Landwirtschaft. Redner bekräftigt die Aufhebung der Weineccise, die auch in anderen Staaten nicht bestehe. Das Weingeseh, von dem man hier und da etwas höre, sollte endlich einmal an den Bundesrat gelangen. Die bisherigen bezüglich des Weineccisebestimmungen hätten ihren Zweck verfehlt. Im Interesse der Weinbauern und des Weinhandels müsse eine scharfe Kontrolle eingeführt werden. Auch bitte er die Regierung, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Konkurrenz des Auslandes auf dem Gebiete der Landwirtschaft etwas eingedämmt werde.

Minister Eisenlohr weist darauf hin, daß er stets bemüht gewesen, der Landwirtschaft weit entgegenzukommen; erhebliche Mehrforderungen seien eingestrichelt und man hoffe, auf diesem Wege fortschreiten zu können. Auch in Bezug auf die Landkreditfrage sei man im Staatsministerium gleicher Meinung; bisher habe die Rheinische Hypothekendarlehenbank genügt. Der Vorschlag des Geh. Hofrats Dr. Schell, Einführung der Annuitätensschuld mit Versicherung des Restkapitals, verdiene die höchste Beachtung. Gestatte die Finanzlage eine Erhöhung der Kreditdotierung, so könne er eine solche nur bekräftigen. Wenn das Hypothekengeseh angenommen werde, so sei eine Befreiung zweifellos einzuwirken. Das Weingeseh unterlege fortgesetzter Betrachtung, desgleichen die Handelsverträge, so daß ein entsprechendes Resultat zu erwarten sei, auch im Interesse der Landwirtschaft.

Hr. Beyerle (natl.) tritt bei der günstigen Finanzlage für eine Befreiung der Beamten ein unter besonderer Betonung der Erhöhung des Wohnungsgeldes. Eine Reform des Gehaltsstarifs sei deshalb heute noch nicht geboten, doch könne man auf dem bestehenden Boden schon viel erreichen durch Annahme der Anträge Uebel und Pfeifer. Des Weiteren halte er eine Vermehrung der Dienstwohnungen für geboten und zwar in einem rascheren Tempo als bisher. Eine weitere Berücksichtigung verdienen bei der günstigen Finanzlage die Gemeinden. Man sollte vor allem auch mit dem System brechen, die Gemeinden bei der Erstellung von Staatsbauten heranzuziehen. Auch die Aufhebung der Pfandbau- und speziell Rheinbaubetriebe sei dringend geboten. Gefernt habe er ihn, daß die Amortisationsfrage das landwirtschaftliche Gemeinwohl wesen unterläge; er hoffe, daß auf Wunsch und dem gemäßigten Gesinnungswesen durch diese Klasse Unterstützung zu Teil werde. Redner plädiert für Erhaltung des Oberverwaltungs- und besterwies, auch die kleinen Gemeinden etwas mehr als bisher zu unterstützen. So lange man eine günstige Finanzlage habe, halte er es für geboten, den Staatsbeitrag zur Eisenbahnschuld aufrecht zu erhalten. Bei Eisenbahndarlehen sollten die Gemeindebeiträge ermäßigt werden, doch im Prinzip müßte die Verdrängung der Interessenten beibehalten werden, doch sollte eine gewisse Milde geübt werden.

Hr. Schüller (Centr.) anerkennt gern die berechtigten Wünsche der Beamten. In dem Gebiete des Wohnungsgeldes, in Bezug auf eine Reform des Gehaltsstarifs müsse man sich doch freie Hand vorbehalten. Vor allem müsse man dabei auch die berechtigten Interessen der anderen Stände nicht aus dem Auge lassen. Für die Landwirtschaft sei vor allem auch Verkehrsvermehrung geboten. So schön im Prinzip die freie Geländebestellung sei, so könne er derselben der Konsequenzen wegen nicht das Wort reden, doch könne man hier leicht ab und zu geben. Dankbar anerkenne auch er, was für die Landwirtschaft geschehe, doch könne man die finanzielle Notlage derselben nicht leugnen. Bei den geringen Produktionspreisen könne von irgend einer Beute nicht gesprochen werden. So lange man nicht den Schatz des reinen Weines erhalten, werde der Weinbau nicht vorwärts kommen. Das Steuereseh müsse den Defizitkompensation und eine scharfe Reklontrole enthalten. Für schwere Fellen des Staates sollte man die Landwirtschaft leistungsfähig halten, da diese doch das Rückgrat des Reiches bilden. In Bezug auf die Landkreditfrage stellt sich Redner auf den Standpunkt. Die politischen Parteien wünschener gegen diese Klasse könne er nicht teilen, da verdrängte Gruppen ohne Grundbesitz nicht in Betracht kämen. Der Hinweis der Rheinischen Hypothekendarlehenbank auf 4 1/2% und daß sei für die Landwirtschaft sehr zu hoch, hier könne eine Landkreditbank billigeres Geld geben. Er hoffe, daß diese Frage noch im günstigen Sinne gelöst werde. Redner weist auf die Landfrage der Abgeordneten hin, gegen die man in Bayern energisch vorgegangen sei.

Hr. Wed (Soj.) Auch seine Partei sei erfreut über die günstige Finanzlage; wenn seine Partei eine Reduktion des Abzuges wünsche, so dürfe man nicht sagen, daß auch die Kammer zu der günstigen Lage mitgewirkt habe. Bis zum letzten Breiter gleiche dieser Schritt der Anerkennung hinab. Ein Widerspruch bestände aber zwischen der politischen Haltung der Regierung und der Mehrheit dieses Hauses. Eine Frage möchte er an die Regierung richten, ob die Anwendung des § 7 des Verordnungsesehs noch in einer Art gehandhabt werde, der bei der sozialdemokratischen Bevölkerung die Meinung hervorruft, sie würde mit anderem Maße gemessen, als die bürgerlichen Parteien, gewissermaßen als Bürger zweiter Klasse. Redner kommt sodann auf die Interpellation Treussbach zu sprechen, die wohl eine laute Beantwortung gefunden, aber zu keiner Debatte in Gegenwart des Ministers des Innern. Niemals könne er den Grundzug anerkennen, daß Baden und Westfalen Preußen gegenüber einem Justizhausegesetz zustimme. Auch bezüglich der Wahlrechtsfrage müsse er darauf hinweisen, daß die Kammer wiederholt mit großer Majorität sich für das direkte Wahlrecht ausgesprochen. Auf allen Gebieten habe man in Baden Fortschritt gemacht und mit manchem alten Vorurteil gebrochen, so daß man keine große Revolution begehe, wenn man endlich einem Wünsche der Mehrheit der Kammer nachkomme. Bei dem Proportionalwahlsystem müßten die einzelnen Parteien schon dafür sorgen, daß die Interessenten aller Art Berücksichtigung finden würden. Für die Vertreter der Arbeiter würde seine Partei schon Sorge tragen. Redner macht sodann einige finanzpolitische Bemerkungen und plädiert für Befreiung der nicht etatsmäßig angestellten Beamten; zu seiner Freude begünstigen seine Hoffnungen sich mit denjenigen des Finanzministers. An der Hand einer Substantivität sucht Redner die Notwendigkeit der Lohnabänderung zu begründen. Zur Steuerreformfrage übergehend, bekräftigt er die Abschaffung der Reichssteuer. Auf die hohe Arbeitslosigkeit wolle er nicht abgeben, am wenigsten auf die Flottenfrage, doch empfinde seine Partei bei der Regierung, die Stimmung des Volkes zur Flottenfrage lernen zu lernen, die wohl dahin gehe, daß die Begeisterung keine große sei. Die finanzielle Seite der Frage müsse vor allem erwogen werden, da die untersten Volksschichten durch indirekte Steuern am meisten dabei zu bezahlen hätten. Beachte man die Vorkehrungen unserer Regierung in Finanzsachen bei Neubehörden, so werde sie auch im Bundesrat dieselbe Vorkehrung walden lassen.

Minister Eisenlohr betont, daß auch im letzten Landtag bezüglich der Wahlrechtsfrage eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit geherrscht habe, so daß die Regierung nichts dabei thun können. Was die Interpellation Treussbach betrifft, so hätte er die Debatte nicht geführt, während dem Präsidenten mitgeteilt, daß sich an die Besprechung nur nicht ein Antrag wie der Minister habe folgen dürfen. Er würde dann geantwortet haben, daß die badische Regierung sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß eine Abänderung der Steuerordnung vorgenommen werde, wie sie 1890 dem Reichstag vorgelegt, aber von demselben abgelehnt worden sei. Die Meinung des Reichstages könne in den großen Fragen eigene Wege wandeln, sei unrichtig, denn Deutschland sei jetzt ein großes Reich, in dem man unter Umständen etwas besser vornehmen müsse, was dem Einzelnen nachteilig sei. Was die Heberhebung der sozialdemokratischen Beamten betrefte, so würde es ihm nur angenehm sein, wenn diese Heberhebung würdig werde, denn sie sei für die unteren Organe eine wenig angenehme Aufgabe. Er habe auch niemals, wo er in den Zeitungen eine falsche Auffassung der Heberhebung gesehen, mit seiner Meinung zurückgehalten. Er müsse auch schweigen.

daß in der letzten Zeit ein milderer Ton in diese Versammlungen eingeblasen sei.

Hr. W. L. (nat.) tritt für die Flottenvermehrung ein und hofft, daß die Erfahrungen der letzten Wochen auch dem Segner klar gelegt hätten, daß eine starke Flotte notwendig. Er erwarte, daß der Reichstag die Konsequenz in Gelder ziehe.

Redner erörtert sodann einige Fragen des Eisenbahnwesens, auf dem ein erheblicher Aufschwung zu constatieren sei. Bei der guten Finanzlage dürfe man vielleicht an Lösung von Fragen gehen, an die man sonst nur mit großer Vorsicht herantreten könne. Auch er befürworte deshalb gern eine Befreiung der Beamten, vor allem die Verbesserung des Wohnungsgeldes um 50 pCt., wenn auch für die kleineren Beamten in der Wohnungsfrage schon manches geschehen sei. Einige Jahre dürfe man nicht zuzuwarten und er halte deshalb das System der Abschlagszahlungen doch besser als eine grundsätzliche Regelung erst nach Jahren. Was der Gehaltsstarifs betrefte, so sei vor allem eine Vereinfachung dringend geboten, bei den unteren Beamten sollte man 5-6 große Klassen schaffen mit möglichst gleicher Bezahlung, von sonstigen feinen Unterschieden also absehen. Auch in wirtschaftlicher Beziehung könnte noch manches geschehen, so vor allem für die Landwirtschaft. Von einer Landkreditbank könne auch er sich nicht viel versprechen; auf dem Gebiete des Hypothekendarlehenwesens sollte man an den Gedanken einer staatlichen Versicherungsbank ernstlich herantreten. Dazu sei vor allem ein leistungsfähiger Hypothekendarlehenfonds notwendig, der aus der Amortisationskasse reichlich dotiert werden müsse; diesem Ziele müsse man jetzt schon zusteuern. Auch in der Dotation der Kreise müsse man mehr thun, da die Aufgaben derselben sich von Jahr zu Jahr steigerten. In der Wahlrechtsfrage werde auch auf diesem Landtage die nationalliberale Partei für das direkte Wahlrecht allen Ernstes eintreten, umso mehr als das indirekte Wahlverfahren die Interessenlosigkeit fördere. In Bezug auf Kautelen gehe seine Partei nicht so weit wie die Regierung, doch verlange dieselbe für die 5 größten Städte eine Ergänzung der durch die direkte Wahl hervorgegangenen Abgeordneten. Am Schlusse konstatire er gerne, daß die Verhandlungen der beiden Tage einen für die zukünftigen Verhandlungen des Landtags erfreulichen Verlauf genommen hat.

Fortsetzung Freitag 1/10 Uhr.

Deutscher Reichstag.

(185. Sitzung vom 25. Januar.)

Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Niederding. Präsident Graf Ballois eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend Abänderung und Ergänzung des Strafgesetzbuchs (lex Feine). Der Reichspräsident referirt über die Kommissionsverhandlungen.

§ 180 des Kommissionsbeschlusses steht für Ruppel Gefängnisstrafen, oder nicht unter einem Monat, oder Geldstrafen von 150-600 Mark und Zulassung mildernder Umstände fest. § 180 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 181 hat die Kommission unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen. Diese bestimmt, daß Ruppel, auch wenn sie weder gewohnheitsmäßig, noch aus Eigennutz betrieben wird, ebenfalls mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft wird, wenn hinterlistige Griffe angewendet sind, um der Ungerechtigkeit Vorlauf zu leisten, oder wenn der Schuldige zu dem Verklüppel in nahem Verhältnis steht (Ehemann, Eltern, Vormund, Geistlicher, Lehrer). Neben Zuchthaus kann auf Geldstrafe von 250-600 M erkannt werden, auch können mildernde Umstände angenommen werden; es tritt dann Gefängnisstrafe ein, verbunden mit Geldstrafe bis zu 3000 M.

Hierzu liegt ein Antrag Simburg vor, mildernde Umstände zuzulassen, wenn es sich um die Verklüppelung Verlobter handelt, ferner ein Antrag Albrcht, daß Zuchthausstrafe eintritt im Falle eines nahen Verhältnisses, wenn aus Eigennutz gehandelt oder um den Willen der Verklüppelten zur Bornahme oder Duldung einer unzüchtigen Handlung. Endlich solle ein neuer Paragraph hinzugefügt werden: Als Ruppel ist die Duldung zwischen Verlobten nicht zu achten. Simburg verteilt seinen Antrag. Der hohe Begriff der Ehe dürfe nicht bedroht werden.

Stadthagen führt aus: Es sei bedenklich, gerade im Falle der Ruppel des Ehemannes Zuchthausstrafe zuzulassen. Das entspreche nicht der Verschärfung der Schwere der Ehebindung im bürgerlichen Gesetzbuch. Nach einer oberflächlichen Statistik für Berlin sind 30 Prozent aller ehebrüchigen Kinder in den ersten 6 Monaten der Ehe geboren. Es sei eine Heberhebung, hierbei von Unfruchtbarkeit zu reden. Die Herren vom Reichsgericht könnten nicht allein bestimmen, was Ehelichkeit ist.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

(Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.)

\* Stuttgart, 25. Jan. In der Flachspinnerei Lauzthal in Weingarten ist ein großer Brand ausgebrochen. Das Hauptgebäude und die Maschinen sind zerstört worden. Der Schaden wird auf über eine halbe Million geschätzt.

\* Berlin, 25. Jan. Das Kaiserpaar ist heute Nachmittag 2 1/2 Uhr nach Dresden abgereist.

\* Bremen, 25. Jan. Reibung des Boesmann'schen Bureau: Gestern trat die Kommission des Verwaltungskommissiones für das Radettenschiff des Norddeutschen Lloyd zu einer vorläufigen Prüfung der eingegangenen Anmeldungen zusammen. Der Antrag der Bewerber ist ein überaus großer. Aus allen Theilen Deutschlands liegen Anmeldungen vor. Abgesehen von zahlreichen Anträgen beläuft sich die Zahl der Bewerber schon jetzt auf etwa 400. Von den Bewerbern wurden ca. 100 zur engeren Wahl zugelassen, von welchen wiederum 40 für den ersten Jahrgang zur Einstellung gelangen werden. Freistellen sind auf dem Radettenschiff des Norddeutschen Lloyd nicht eingeräumt worden. Die Annahme weiterer Anmeldungen ist mit Rücksicht auf den überaus großen Zuspruch für den gegenwärtigen Jahrgang bereits geschlossen worden.

\* Dresden, 25. Jan. Die Herzogin Friedrich von Schleswig-Holstein, die Mutter der deutschen Kaiserin Augusta Victoria, ist heute Morgen 1/11 Uhr gestorben.

\* Katowitz, 25. Jan. Die Katowitzer Zeitung meldet: In der heutigen Versammlung der oberschlesischen Kohlenproduzenten wurde beschlossen, die Forderungen für das laufende Quartal freizugeben. Ein Antrag auf Erhöhung der Verkaufspreise ab 1. Februar fand keine Zustimmung.

\* Wien, 25. Jan. Erzherzog Otto erkrankte, wie die „N. Fr. Pr.“ meldet, an Influenza.

\* Wien, 25. Jan. Die politische Korrespondenz erzählt von einem über die Balkanangelegenheit gut unterrichteten Gewährsmann, daß der Nachrikt über eine plötzliche entstandene Trübung des Verhältnisses zu Serbien und Bulgarien keine ernsthafte Bedeutung beigelegt werde, da, wenn in Wahrheit irgend welche Tatsachen vorhanden sein sollten, diese leichter Natur seien und auf die Gesamtlage auf dem Balkan keine Rückwirkung ausüben könne.

\* Paris, 25. Jan. In der Deputiertenkammer brachte Briffon einen Gesetzesentwurf ein, in welchem die Säkularisierung der Güter von nicht genehmigten männlichen Kongregationen gefordert wird.

\* Paris, 25. Jan. Die Bank von Frankreich hat ihren Wechselkurs von 4 auf 3 1/2 Prozent ermäßigt.

\* London, 25. Jan. Der „Times“ wird aus Hongkong vom 24. d. gemeldet: Die Piraten haben, durch die günstigen Erfolgs ermutigt, von den ausländischen Handelsbüren in Canton Geld zu erpressen versucht. Sie verlangten 10 000 Taels und haben gedroht, daß sie bei Nichtzahlung ihre Bureau mit Dynamit in die Luft sprengen würden. Die chinesische Behörde fragt in der Angelegenheit die fremden Konsuln um Rath.

\* London, 25. Jan. In einem besonderen Artikel führt die „Times“ aus: Die Rede des Staatssekretärs Grafen Bülow im Reichstage dürfe als ein bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege der fortschrittlichen Entwicklung des internationalen Rechts sich erweisen, vielleicht als der bedeutungsvollste seit einer Reihe von Jahren. Der Ton seiner Rede ist nicht conciliant, die Diplomatie wird mit weniger Herbeheit und mit weniger schweren peremptorischer Sprache berührt werden müssen, wenn die Rede ein Resultat haben soll, was auch bei dem Gedankenaustrausch über die Rechte der Durchsuchung neutraler Schiffe und über die Kriegskontrollen herauskommen soll. Wir zweifeln nicht, daß die einseitigen Schritte einer umfassenden Erörterung der Frage der Kriegskontrollen, wenn sie im freundschaftlichen Geiste auf der breiten Grundlage des öffentlichen Interesses geschehen werden, offen und bereitwillig von der englischen Regierung aufgenommen werden.

\* Petersburg, 25. Jan. Dem ehemaligen Chef der Land- und Marineuppen auf Arca, Vizeadmiral Stradow, wird der kaiserliche Dank für seine besondere leidenschaftliche und zielbewusste Thätigkeit im Kreise Retimo zur Veruhigung der Bevölkerung und Einführung der autonomen Verwaltung ausgesprochen.

\* Madrid, 25. Jan. Nach dem Beschlusse des Ministerraths wird Sibela heute der Königin-Regentin einen Urlaub unterbreiten, durch welchen die Strafen, welche die Anarchisten in Barcelona jetzt verbüßen, in Verbannung umgewandelt und alle für Verbrechen verhängte Strafen erlassen werden.

\* Schanghai, 25. Jan. Die „North China Daily News“ meldet: Nach einem vom Kwangju unterzeichneten Edikt wird der 9 Jahre alte Sohn des Prinzen Luamo, Kamens Pusing, zum neuen Kaiser ernannt. Derselbe bestieg am 31. Januar den Thron.

Die neue Flottenvorlage.

\* Berlin, 25. Jan. Die Flottengesetzvorlage fordert die zweite Schlachtflotte gleich stark wie die alte; außerdem 6 große und 7 kleine Kreuzer. 2 Geschwader bilden die aktive und andere zwei die Reserveflotte. Die Mittel werden absehbar in dem Etat bereitgestellt. Die Begründung sieht die Durchführung bis 1916 vor. Bei einer jährlichen Kostensteigerung von 11 Millionen erwartet die Vorlage eine Dedung unter Zugiehung von Anleihen ohne neue Steuern, verzichtet aber auf eine gesetzliche Normierung der Beschaffungsfreit.

\* Berlin, 25. Jan. Die Novelle zum Flottengesetz, welche heute vom Bundesrat dem Reichstage zugegangen ist, bestimmt in Paragraph 1, daß der Schiffbestand der deutschen Flotte gegen den bisherigen Stand vermehrt wird um a) verbrauchsbereit: 1 Flottenlagerschiff, 2 Geschwader zu je 8 Linien Schiffen, 2 große und 8 kleine Kreuzer als heimische Schlachtflotte, 5 große und 5 kleine Kreuzer für den ausländischen Dienst; b) als Materialreserve: 2 Linien Schiffe, 1 großer und 2 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst. Vermindert werden die Bestände um das Küstenpanzergeschwader, das um diese 8 Schiffe bis zu ihrem Ersatz als Linien Schiffe auf den vermehrt Sollbestand in Rechnung kommt. Paragraph 2: Die Novelle setzt für die Indienststellung der heimischen Schlachtflotte als Grundlage fest, daß das erste und zweite Geschwader die aktive, die drei Kreuzer die Reserveflotte bilden. Von den aktiven werden sämtliche Schiffe, von der Reserve die Hälfte dauernd in Dienst gehalten. Der dritte und letzte Paragraph lautet: Die Bereitstellung der in Folge dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung des Reichshaushaltsetats. Die Begründung des Entwurfs verweist zunächst auf die Nothwendigkeit der Verstärkung der Kriegsmarine. Der Aufschwung der deutschen Seemarine, der gerade in den letzten Jahren beispielweise stark geworden ist, brauchte ebenso, wie die politische Weltlage, eine starke deutsche Flotte, damit Deutschland einen Frieden in Ehren, auch dem Seemächtigen gegenüber, aufrecht erhalten kann. Zu diesem Zwecke genügt die Flotte des Gesetzes von 1898 nicht. Eine zweite Schlachtflotte und eine Vermehrung der Auslandsschiffe ist nothwendig. Diese Verstärkung kann einschließlich der in diesem Zeitraum vollendeten zahlreicher Ersatzbauten innerhalb von 16 Jahren durchgeführt sein, indem der Regel noch jährlich 3 große und 3 kleine Schiffe auf Stapel gelegt werden, wie dies schon in dem letzten Jahre geschehen ist.

\* Berlin, 25. Jan. Der Bundesrat nahm heute das Flottengesetz an.

Der Burenkrieg.

\* London, 25. Jan. Das Kriegamt erhielt eine Depesche aus Spearmanskamp von heute Mitternacht, welches besagt: Die Truppen des Generals Warren besetzten Dienstag Nacht den Spionkop und überraschten die kleine Garnison, welche floh. Die Engländer behaupteten die eingenommene Stellung den ganzen Tag, obgleich sie heftig angegriffen und besonders durch Granatfeuer belästigt wurden. Die Verluste der Briten dürften beträchtlich sein. General Woodgart ist gefährlich verwundet. General Warren glaubt, daß er die feindliche Stellung unhaltbar gemacht hat. (Das wäre eine ernsthafte Niederlage der Buren. Red.)

\* London, 25. Jan. Die „Times“ melden aus Spearmanskamp vom 23. d. Mitt.: Das Feuer dauerte heute den ganzen Tag an. Den englischen Truppen gelang es nicht, weiter vorzudringen. Die Buren hatten mehrere Geschütze. Sie sind, nachdem sie den von ihnen besetzten Höhenrücken besetzt haben, welcher fast ununterbrochen von den Drahtseilbergen mehrere Meilen ostwärts hinzieht, für einen Kampf von fast unabsehbarer Dauer gerüstet.

\* W. Berlin, 25. Januar. (Telegr.) Effektenbörse. Auf habe Londoner Anleihe, begleitet von Priv. Isprioden, daß der Spionkop von den Engländern gewonnen sei, verbarre die Börse in ausgesprochenem Heftigkeit. Aktien- und Bergwerksaktien zeigten ihre Aufwärtsbewegung fort. Spanier weiter gefragt und steigend. Banken fest bei begünstigten Umständen. In der zweiten Börsenhälfte waren Fonds fest auf steigenden Consoillus in London. Ultimogeld 6,125 pCt. - Anleihe 4,125 pCt.

